

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 96 (2016)
Heft: 1033

Artikel: Fair gehandelt
Autor: Franc, Andrea
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736247>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

OIKONOMIKA

Fair
gehandelt**Andrea Franc**

ist Wirtschaftshistorikerin und forscht zu Nord-Süd-Handel sowie ökonomischer Theoriegeschichte. Sie lebt in Basel.

Lust auf faire Schokolade? Das Ende des Schweizer «Schoggigesetzes» lässt hoffen. Schoggigesetz? 1974 hatte das Parlament diskussionslos ein neues Bundesgesetz zum Schutz der Nahrungsmittelindustrie durchgewunken. Für das Gesetz engagierten sich damals hochangesehene Vertreter der Schweizer Privatwirtschaft: der Fabrikant Rudolph Sprüngli im Namen der schwer angeschlagenen Schokoladenindustrie und Gerhard Winterberger, Direktor des «Vororts», der heutigen «economiesuisse». Statt einer freien Marktwirtschaft verteidigten die beiden mit dem «Schoggigesetz» jedoch den klassischen westlichen Neoprotektionismus: Weil der Agrarprotektionismus in der Schweiz Milch oder Getreide verteuerte, sollte der Bund auch der Nahrungsmittelindustrie mit Exportsubventionen unter die Arme greifen. Zudem sollten Schutzzölle den Import von billigeren ausländischen Nahrungsmitteln verhindern. Einer widersetzte sich schon damals: Karl Schweri, Chef der Discountkette Denner, forderte per Referendum eine Volksabstimmung. Er bezeichnete das Gesetz ökonomisch korrekt als «protektionistisch» und prophezeite höhere Konsumentenpreise und Staatsausgaben als Folge. Sprüngli und Winterberger bestritten Schweris Aussagen zwar nicht, argumentierten aber mit den bis heute beim Wahlvolk wirkungsvollen Schlagworten «Arbeitsplatz- und Ernährungssicherung». Äusserst knapp nahmen die Schweizer das «Schoggigesetz» im Dezember 1975 an. Seither ist viel passiert. Entwicklungsländer wie Brasilien, Indien oder China sind der WTO beigetreten und prangern nun den westlichen Protektionismus an. Unter «fair» verstehen die Entwicklungs- und Schwellenländer unmissverständlich die Abschaffung von Gesetzen, die ihren Produkten den Marktzugang versperren und die westliche Industrie mit Exportsubventionen stützen. Im Dezember hat die WTO tatsächlich ein Ende der Exportsubventionen beschlossen. So können wir vielleicht bald, und nicht nur im Denner, wirklich faire Schokolade kaufen – aus Brasilien! ◀

FREIE SICHT

Berner
Modesünden**Christian P. Hoffmann**

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich. Er lebt in Leipzig.

Politik ist Moden unterworfen. Mal weht der Wind von links, mal von rechts. Mal verlangt der Wähler mehr innere, mal mehr soziale oder ökologische Sicherheit. Diese menschliche Wankelmütigkeit hat sich in jüngster Zeit zu einem neuen Trend hochgeschaukelt: zur Metapolitik. Oder einfacher: zur Politik über Politik.

Aktuell zu reden gibt etwa die Durchsetzungsinitiative. Ihre Anhänger fordern eine Abstimmung über die Durchsetzung der Ausschaffungsinitiative. Diese wurde schon Ende 2010 angenommen, aber nicht wunschgemäss umgesetzt – also wird noch mal abgestimmt, diesmal über die Umsetzung. Ein zweites Beispiel ist die Rasa-Initiative («Raus aus der Sackgasse!»). Hier verlangen die Initianten nicht die Umsetzung, sondern die Nichtumsetzung eines Volksentscheids, nämlich der Anfang 2014 angenommenen Masseneinwanderungsinitiative.

Motor des Politikarussells sind neue, expansive Erwartungen an die Politik. Ihre vermeintliche Zuständigkeit für jeden Wechselfall des Lebens – als eine Art wohlfahrtsstaatliche Gummizelle für den demokratischen Bürger – führt unvermeidlich zu einer Überhitzung der politischen Prozesse. Ein Gesetz, ein Referendum, eine Initiative jagen die nächsten. Das Gestrüpp der Rechtserlasse wächst schneller als Bruttosozialprodukt, Staatsschulden und Zentralbankbilanzen zusammen. Immer kurzfristigere Gelüste geben den Takt vor; nicht selten widerspricht die Modeantwort von heute dem Politgeschmack von morgen. Und so erzeugt unaufhörlich eine vermeintliche Lösung die nächste Unzufriedenheit, ein Gesetz das Gegengesetz, eine Initiative die Gegeninitiative. Es ist nicht zu erwarten, dass sich das Karussell abkühlt. Darum gilt es die Metapolitik als Chance zu begreifen. Wie wäre es, wenn jedes Gesetz und jede Initiative erst nach einem Jahr durch einen Metarechtsakt in Kraft träte – oder eben auch nicht? Ich glaube: die zeitlich verzögerte doppelte Mehrheit könnte dazu beitragen, zumindest die schlimmsten Modesünden übereifriger Politik zu vermeiden. ◀